



Zur Straßenrückbenennung Von-Seeckt-Straße/Von-Einem-Straße

Das Netzwerk "Irmgard und Ortrud" setzt sich für die Rückbenennung der Von-Seeckt- und Von-Einem-Straße ein. Es handelt auf Basis dieser Resolution:

- 1. Von Einem und Von Seeckt sind keine verehrungswürdigen Vorbilder!**
- 2. Die nationalsozialistische Straßenbenennung von 1937 als propagandistischer Willkürakt!**
- 3. Nicht die erste Initiative zur Umbenennung der beiden Straßen - Gesprächsbereitschaft bleibt!**
- 4. Begrenzter Umstellungsaufwand für die Anwohner/innen!**

Auf ihrer Sitzung am 24. Mai 2012 beschloss die Bezirksvertretung II, die Von-Seeckt-Straße sowie die Von-Einem-Straße auf ihre ursprünglichen Namen Irmgardstraße und Ortrudstraße rückzubenennen. Das Netzwerk "Irmgard und Ortrud", das aus Anwohner/innen der beiden Straßen sowie vielen Organisationen und Personen Essens besteht, unterstützt diese Straßenumbenennungen. Es wird öffentlich, aktiv und auch innerhalb eines möglichen Bürgerentscheides gemeinsam für folgende Punkte eintreten:

1. Von Einem und Von Seeckt sind keine verehrungswürdigen Vorbilder!

Der ehemalige preußische Kriegsminister Karl von Einem war Anfang des 20. Jahrhunderts in politisch verantwortlicher Stellung am deutschen Völkermord an den Hereros und Nama im

heutigen Namibia beteiligt. Im Reichstag forderte er öffentlich die "Vernichtung" der in der Reichswehr dienenden Homosexuellen. Im internen Gespräch äußerte er antisemitische Haltungen.

Hans von Seeckt, zwischen 1920 und 1926 Chef der Heeresleitung und Vordenker einer für den Angriffskrieg konzipierten Reichswehr, propagierte im revanchistischen Sinne ein "Verschwinden Polens" von der Landkarte, weil die polnische Existenz "unerträglich" sei. Von Einem und von Seeckt bekämpften als aktive Gegner die liberaldemokratische Verfassung der Weimarer Republik. Beide Generäle verfochten als Teil der deutschen Militärelite ein national-autoritäres Staatsregime, das von der Reichswehr getragen und von den Nationalsozialisten gestützt werden sollte. Auch durch die Einflussnahme von Einems und von Seeckts wurde Hitler am 30. Januar 1933 die Macht im Staat übertragen. Es war u.a. die autoritätsgläubige und ausgrenzende Einstellung preußischer Militärs wie von Einem und von Seeckt, die Deutschland in zwei Weltkriege führte und wichtige Vorbedingungen für das menschenverachtende Herrschaftssystem des Nationalsozialismus lieferte, das der Welt nie da gewesenes Leid und Grauen brachte.

Geistig-politische Wegbereiter der Nationalsozialisten können keine Vorbilder für unser jetziges freiheitlich-demokratisches System auf der Grundlage des Grundgesetzes sein. Gerade in Zeiten, in denen angesichts der NSU-Morde in Deutschland wieder Menschen durch Rechtsextremisten zu Tode kommen können, darf es auch bei uns in Essen keinen Platz für die Erinnerung oder gar Verehrung von Antidemokraten, Gesinnungsgenossen und Unterstützern des Nationalsozialismus geben.

2. Die nationalsozialistische Straßenbenennung von 1937 als propagandistischer Willkürakt!

Aus Dankbarkeit für ihre Unterstützung bei der Machtübernahme und Machtsicherung Hitlers, richteten die nationalsozialistischen Machthaber nach ihrem jeweiligen Tod pompöse Staatsakte aus, die Teil eines ideologischen Begleitprogramms für den anvisierten nächsten Krieg waren. In diesem Geist benannte der nationalsozialistische Oberbürgermeister Essens, Justus Dillgardt, im Jahr 1937 durch willkürlichen Verwaltungsakt und ohne Beteiligung des Stadtrates die im Rüttenscheider Mädchenviertel befindlichen Straßen Irmgardstraße und Ortrudstraße nach den verstorbenen Generälen Von Einem und Von Seeckt um.

Einer demokratischen, friedfertigen und weltoffenen Stadt wie Essen steht es gut zu Gesicht, den propagandistischen Willkürakt der nationalsozialistischen Machthaber nicht in unsere Gegenwart und Zukunft zu verlängern und damit ein klares Zeichen gegen Militarismus, Chauvinismus und Autoritätsgläubigkeit zu setzen.

3. Nicht die erste Initiative zur Umbenennung der beiden Straßen - Gesprächsbereitschaft bleibt!

Seit Ende der nationalsozialistischen Herrschaft gab es vielfältige Anläufe und Versuche, die beiden Straßen rückzubenennen. Doch trotz entsprechender Umbenennungsanweisungen

staatlicher Stellen und verschiedenster Umbenennungsinitiativen aus der Bürgerschaft, die in den letzten Jahrzehnten auf vielfältige Weise auf die geschichtsproblematische Benennung der beiden Straßen aufmerksam machten, blieben die Straßen weiter nach den beiden Generälen benannt.

Jetzt ist die Zeit reif, die Straßen so zu benennen, dass sie in unser heutiges freiheitlich-demokratisches Gesellschaftssystem hineinpassen. Dies kann mit einem Rückgriff auf die historischen Straßenbezeichnungen nach den Mädchennamen Irmgard und Ortrud oder durch andere passende Namen geschehen, die z.B. innerhalb eines bürgerbeteiligenden Verfahrens durch die Bezirksvertretung II bestimmt werden. Denn die verschiedensten Umbenennungsinitiativen der letzten Jahrzehnte zeigen: Nur eine Veränderung der Straßennamen wird zu einer Befriedung des seit mehr als 20 Jahren andauernden Konflikts über die Benennung der beiden Straßen führen!

4. Begrenzter Umstellungsaufwand für die Anwohner/innen!

Es ist uns bewusst, dass die Anwohnerinnen und Anwohner beider Straßen aufgrund der Umbenennungen Änderungsaufwände haben werden. Allerdings halten wir - wie viele Anwohner/innen auch - den Umstellungsaufwand für begrenzt und vertretbar, da die Stadt Essen fast alle Änderungsleistungen für die Anwohner/innen kostenlos übernehmen und für die Straßenumbenennungen eine längere Übergangsfrist gewähren wird.

In Anbetracht der historischen und politischen Bedeutung der Straßenumbenennungen halten wir den begrenzten Umstellungsaufwand für die Anwohner/innen für vertretbar.

Wir, ein Netzwerk von Anwohnern/innen der beiden Straßen sowie vielen Organisationen und Personen in Essen, unterstützen den sachlich begründeten Beschluss der Bezirksvertretung II nach Umbenennung der Von-Seeckt-Straße und der Von-Einem-Straße und halten die ehrende Erinnerung an diese beiden Personen in unserer demokratischen und weltoffenen Stadt für unangemessen und untragbar.

Unser Ziel ist es, die Bürgerinnen und Bürger über die historisch problematische Bedeutung der beiden Namensgeber sowie die nationalsozialistische Straßenbenennung von 1937 sachlich aufzuklären und zu diesem Zweck möglichst viele Menschen und Organisationen aller gesellschaftlichen Milieus und Schichten Essens unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit zu einem breiten Bündnis von Demokraten für die beschlossene Straßenumbenennung zu gewinnen und in das Netzwerk einzuladen.

Wir laden alle Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtbezirks II Rüttenscheid, Bergerhausen, Rellinghausen, Stadtwald ein, sich unserem Anliegen anzuschließen und bei einem eventuellen Bürgerentscheid mit NEIN zu stimmen!

Keine skandalträchtigen Straßennamen von Nazi-Unterstützern in Rüttenscheid!

Nein zu falschen Helden!

Für ein friedfertiges und weltoffenes Essen!

Verweise:

Gemäß Anweisung 30 des Alliierten Kontrollrates vom 13.05.1946 hatten die Städte und Gemeinden in Deutschland alle Straßennamen zu ändern, "die geeignet sind, die deutsche militärische Tradition zu bewahren und lebendig zu erhalten, den Militarismus wieder zu erwecken, an die Nazi-Partei zu erinnern oder kriegerische Ereignisse zu verherrlichen". Mit Bezug auf die Von-Seeckt-Straße sowie die Von-Einem-Straße befand dazu der Essener Straßennamenhistoriker Erwin Dickhoff in Einem Beitrag von 1986: "Als eindeutig militaristisch im Sinne der späteren Kontrollratsverordnung dürften die Benennungen nach den Generalobersten Hans von Seeckt und Karl von Einem zu klassifizieren sein, wofür die Irmgardstraße und die Ortrudstraße in Anspruch genommen wurden." (vgl. Dickhoffs Beitrag 'Die Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Straßennamen' in den Beiträgen zur Geschichte von Stadt und Stift Essen 1986/87 (H.101), 77-104, S. 83). Trotz diverser Aufforderungen seitens der britischen Militärbehörde, des Innenministers NRW sowie des zuständigen Regierungspräsidenten auf Vollzug der Umbenennungsanweisung, setzte die Stadt Essen die Vorgaben zur Entmilitarisierung der Straßennamen widerrechtlich nicht um (vgl. ebd., S. 89 f.). Nach Angaben der Stadt Essen werden Änderungen in Personalausweisen, Grundbüchern und anderen Verzeichnissen kostenlos vorgenommen. Nur für die Adressänderung in Fahrzeugscheinen würde eine Gebühr von 11€ entrichtet werden müssen.

Unterzeichner:

- Anwohnerinitiative Irmgard und Ortrud
- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Kreisvereinigung Essen
- Essener Friedensforum
- Mietergemeinschaft Essen e. V
- Kunsthaus Essen
- Anti-Rassismus-Telefon Essen
- AWO Rüttenscheid

- DKP Essen
- Partei "Die Linke"
- Essen steht AUF
- SPD in der Bezirksvertretung II
- SPD Ortsvereine Rüttenscheid, Stadtwald, Rellinghausen und Bergerhausen
- Jusos Essen
- Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Homepage des Netzwerkes: www.irmgard-und-ortrud.de